

fener werden sich die Massen außerhalb des Parlaments bei Streiks und bei der Verteidigung ihrer revolutionären Partei zu schlagen wissen.

Darin liegt die große außerparlamentarische Bedeutung dieser Reichstagswahl, die wir jedem Klassenbewußten Arbeiter, jeder Arbeiterin, jedem Jungarbeiter, die wir den Werktätigen in Stadt und Land zum Bewußtsein bringen müssen.

10000 Leipziger Arbeiter am Grabe des Gen. Dornberger

Trotz Verbot beteiligen sich SPD- und Reichsbannerarbeiter - 20 Betriebe und revolutionäre Organisationen legen Kränze nieder - Folieplakaten nach der Kundgebung

Die Beerdigung des von den Nazis ermordeten Genossen Dornberger gestaltete sich zu einer wichtigen Kundgebung der Leipziger Arbeiterklasse gegen den Faschismus. Da die Demonstration von dem SPD-Polizeipräsidenten Fleißner verboten wurde, sammelten sich auf dem Sühfriedhof schaulustige Arbeiter, trotz Verbots der SPD- und Reichsbannerführung nahmen über 100 SPD- und Reichsbannerarbeiter an der Trauerkundgebung teil und zeigten, daß sie gewillt sind, in der roten Einheitsfront zu kämpfen.

Am Austritt der Kommunistischen Partei und der revolutionären Massenorganisationen sprach Genosse Selbmann. Bernhard Dornberger ist gefallen als Kämpfer gegen den Faschismus, sein ganzes Leben war der Arbeiterklasse gewidmet. Sturmischer Protest erhob sich, als Genosse Selbmann die Augenzeugenberichte über die Ermordung des Genossen Dornberger bekanntgab. Trotz Naziterror formiert sich die rote Einheitsfront der Arbeiterklasse in der Antifaschistischen Aktion.

Eine ganze Reihe Leipziger Großbetriebe, sowie die Massenorganisationen legten als letzte Ehrung Kränze nieder. Die Kameraden Dornbergers gelobten, in keinem Weite den Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse weiterzuführen. Die Folieplakate von Meier & Weichelt führten einen halbblutigen Proteststreik durch.

Die mächtige Kundgebung wurde mit dem Gesang der „Internationale“ beendet.

In Hunderten hand die Polizei des Sozialdemokraten Fleißner mit Karabinern bewaffnet, zu Fuß und zu Pferd am Sühfriedhof. Als die Reichsmenge sich nicht sofort nach der Kundgebung zerstreute, wurden mehr als 100 Arbeiter planlos verhaftet.

Biermächtepaß gegen UdSSR

Das werktätige Deutschland soll weiterhin Tribute für eine gemeinsame Kriegsfahne gegen das Land des Sozialismus zahlen

Nach bürgerlichen Weisungen hat Herriot in den Tributverhandlungen vom Sonnabend die entscheidenden politischen Forderungen Frankreichs an Deutschland gestellt, und zwar auf Abschluß des von der deutschen Regierung selbst vorgeschlagenen Biermächtepactes, der sich eindeutig gegen die Sowjetunion richtet. Der von den Tributgläubigern vorgeschlagene neue Tributplan sieht insgesamt eine jährliche Schuldzahlung von 1 Milliarden Reichsmark vor, die bei Verbot ausländischer Währungen reiblos aus Mark und Schweiß der deutschen Werktätigen erpresst werden und zum Teil in eine gemeinsame Kriegsfahne gegen die Sowjetunion fließen sollen.

Nach diesem Plan müßte das deutsche werktätige Volk jährlich folgende Summen für die Tributlast aufbringen: Bei 5 Prozent 250 Millionen Renten für die Reichsbahnfonds und rund 50 Millionen Mark Amortisation, 117 Millionen Markzahlungen aus dem Hoover-Moratorium, und zwar 10 Jahre lang, 85 Millionen für die Dawes-Anleihe, 65 Millionen für die Young-Anleihe, 25 Millionen für das belgische Mark-Abkommen, das rund 100 Millionen. Rechnet man die Steigerung des Goldwertes ein, so ergibt sich nahezu eine Milliarde Mark jährlicher Tributzahlungen!

Das deutsche Volk ist aber nicht bereit, diese ungeheuerliche Belastung zu ertragen und sich in einen Krieg gegen das Land des Sozialismus hinein zu lassen!

Das deutsche werktätige Volk verlangt: Schluß mit den Tributlasten! Schluß mit der Kriegspolitik gegen die Sowjetunion! Tiefen Kampf führen nur die Kommunisten!

Die ungeheuerlichen Strafanträge im Leipziger Sprengstoffprozeß:

111 Jahre Zuchthaus beantragt

Hochfestungshaftstrafen. Rede des Oberreichsanwalts gegen Sowjetunion und KPD

Leipzig, 3. Juli. (Eig. Meldung.)

Der große Sprengstoffprozeß gegen 24 revolutionäre Arbeiter, der vor 11 Tagen vor dem Reichsgericht in Leipzig begann, steht vor seinem Ende. Gestern hielt der Oberreichsanwalt Eichler seine Schlussrede, die eine einzige Bege gegen die Sowjetunion und gegen die KPD war. Im Anschluß daran beantragte er folgende ungeheuerliche Strafen:

Es sollen verurteilt werden, der Arbeiter Albin Winkler aus Erfurt zu zwei Jahren Zuchthaus,

der Bauarbeiter Willi Korn aus Jöhnd, der Kunstmaler Ernst Winkler aus Erfurt, der Bauarbeiter Hermann Hollmann aus Jöhnd zu je drei Jahren Zuchthaus,

der Schlosser Kurt Born aus Jöhnd und der Arbeiter Kurt Kromold aus Jöhnd zu je vier Jahren Zuchthaus,

der Metallarbeiter Paul Hollmann aus Erfurt, der Bauarbeiter Edwin Flumentritt aus Jöhnd zu je fünf Jahren Zuchthaus,

der Fabrikarbeiter August Habenmüller aus Erfurt zu sechs Jahren Zuchthaus,

der Maschineningenieur Franz Glöth aus Berlin, der kaufmännische Angestellte Wilmar König aus Berlin, der Metallarbeiter Fritz Bormer aus Berlin zu je acht Jahren Zuchthaus,

der Arbeiter Ulrich Beshmann, der Kaufmann Franz Michaelis, der Arbeiter Paul Kufow, sämtlich aus Berlin, und der Kranführer Max Zinke aus Breslau zu je zehn Jahren Zuchthaus,

der Arbeiter Nikolaus Heberbrück zu zwölf Jahren Zuchthaus.

Rechtshilfsstrafen sollen erhalten der Arbeiter Paul Schumann aus Gotha ein Jahr sechs Monate, der Autoshilfsführer Hugo Popow aus Gotha ein Jahr neun Monate, der Maschinenarbeiter Edmund Schade, der Vorstandsleiter Franz, der Arbeiter Albert Wöckel, sämtlich aus Gotha, der Angestellte Hermann Weicker aus Gotha und der Arbeiter Franz Timm aus Berlin je zwei Jahre.

Die Sprengstoffprozeß war von vornherein zu einer gewaltigen Kampagne gegen die Kommunistische Partei ausgebrochen worden. Was sich der Oberreichsanwalt in seinem Schlusswort leistete, übersteigt alles bisher Dagewesene. So behauptete er, die Zusammenhänge mit Ausland seien bei dem geplanten Sprengstoffverbrechen offensichtlich, ferner habe „dieser Prozeß den Beweis erbracht, daß hinter der Sprengstofforganisation die KPD stehe und daß die Angeklagten im Auftrag der Partei gehandelt haben“. Mit aller Gewalt wollte der Ober-

reichsanwalt der KPD nachweisen, daß sie den Auftrag gegeben habe, Sprengstoffe zu stellen, Handgranaten zu fabricieren, Brücken zu sprengen usw., um so der Verbotsache durch revolutionäre Arbeiterbewegung neuen Stoff zu liefern, der prompt von der bürgerlich-faschistischen Polizei aufgegriffen wird. Trotz der ungeheuerlichen Konstruktionen ist der Verfall des Oberreichsanwalts, die KPD mit den Sprengstoffverbrechern in Verbindung zu bringen, völlig zusammengebrochen. Es ist keine Verbindung der Kommunistischen Partei mit Sprengstoffverbrechern.

Die Kommunistische Partei hat mehr als einmal in aller Öffentlichkeit festgestellt, daß sie den individuellen Terror bekämpft und verurteilt. Solche Terrorakte rufen nur der Bourgeoisie und ihren Nazi-Trabanten.

Der ungeheuerliche Zuchthausantrag wird aber bei allen antifaschistischen Arbeitern die härteste Empörung auslösen. Die Nazibanditen, bei denen man Waidmengenwichte, große Waffenslager an Munition und Gewehren aufgefunden hat, bekommen lächerlich geringe Geldstrafen. Revolutionäre Arbeiter aber, die sich gegen den Sozialfaschismus bewähren wollen, werden für Jahre ins Zuchthaus gesteckt.

Antifaschistische Arbeiter, sorgt dafür, daß die Verurteilung bald offen! Kampf mit der roten Hilfe für die Vollamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen. Verhindert durch euren Massenprotest in den Betrieben, an den Stempelstellen, in allen proletarischen Massenorganisationen und in öffentlichen Versammlungen dieses Zuchthausurteils. Kampf gegen die wüste Verbotsache, die von der Bourgeoisie gegen die KPD und die gesamte revolutionäre Arbeiterbewegung durchgeführt wird.

Naziprovokationen in Tharandt

Gestern abend kam es in Tharandt zu einem Zusammenstoß zwischen der Arbeiterklasse und den Nazis. Die SA-Banden, die von einer militärischen Abteilung nach Tharandt zurückgeführt, provokativ und verflucht mit Schlaginstrumenten Gruppen von Arbeitern zu überfallen.

Die Arbeiter legten sich zu r Wehr und schlugen die Nazis in Flucht. Ein aus Dresden eingetroffenes Heberbrückkommando räumte dann die Straßen.

Berlin im Zeichen der Antifaschistischen Aktion:

100 000 Antifaschisten marschieren

Reichsbanner in roter Einheitsfront. SA-Banden wagen sich nicht auf die Straße

Berlin, 4. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Berlin hand gestern im Zeichen eines gewaltigen Massenauflaufes der Antifaschistischen Aktion. Die Kommunistische Partei und die ihr nachstehenden revolutionären Organisationen und die Einheitsfrontkomitees hatten das rote Berlin zu einer Demonstration im Volksgarten ausgerufen.

Was allen Stadteilen marschierten die ca. 100 000 unter roten Fahnen und Transparenten mit antifaschistischen Kampfslogans auf. Besonders kräftigen ereagten die Straßen disziplinierten Hausiererschulden und Selbstschuldenmattens. Mit Begeisterung wurden die geschlossenen amtierenden Einheitsfrontkomitees begrüßt. Bei der Demonstration sah man eine Reihe geschlossener Trupps von Reichsbannerarbeitern, die zum Teil unter schwarzrotgoldenen Fahnen marschierten.

Im Volksgarten sprachen 12 Redner zu den 100 000 Demonstranten. Mit begeisterten Kampfslogans jagten sie nach der

Kundgebung in ihre Städtelle zurück. Die Hitlergeier waren von den Straßen wie weggeleitet. Nur der eilernen Disziplin der Massen ist es nirgends zu ersten Zusammenstößen gekommen.

Hitleraufmarsch in München e.uz große Pleite

Wirkungslos Gegendemonstration der Arbeiter

München, 4. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Der Naziaufmarsch in München war eine große Pleite. Unklarheit der angeführten 12 000 SA-Männer marschierten auf SA, einschließlich der in der Hauptstadt aus Reichshäusern und Gasmasken bestehenden Hitlerjugend auf. Die Stimmung vor SA war sehr gedübt. In den Arbeiterbezirken wurden die Nazibanditen mit stürmischen Protestrufen empfangen. Spontane Sprechchöre erklangen:

„Nieder mit dem Faschismus!“, „Schämt euch, Kapitalisten!“, „Was ist Faschismus? — Zwangsarbeit!“

Dazwischen erklangen revolutionäre Rufe und Rotfront-Rufe auf das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Parteilose Arbeiter faulsten zu Hunderten das Abgehen der Antifaschistischen Aktion. Die Musikpfeifen wurden durch Protestrufe und Pfeifen überstimmt. Die SA-Männer mußten Speichruten laufen. Die Polizei erschien mit Überfallwagen und trieb die Menge auseinander. Trotzdem wurden einige provokierende Nazis verprügelt.

Neue Arbeitermorde der SA-Banden

„Strafexpedition“ auf Berliner Arbeiterlokale

Berlin, 4. Juli 1932. (Eig. Drahtbericht.)

In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag unternahm die Terrorbanden der Hitler-Partei in Berlin „Strafexpeditionen“ gegen Arbeiterlokale. Gegen Mitternacht wurden in verschiedenen Stadtteilen mit SA-Banden dreizehn Arbeitermorden und Motorschläger an sieben kommunistischen Arbeiterlokale und erschossen durch die offenen Türen und Fenster ein Schußwunder auf die im Lokal anwesenden Gäste.

Bei diesem heimtückischen Überfall wurde der 23jährige Arbeiter Karl Niebow durch zwei Kopfschüsse getötet, zwei Frauen und mehrere andere Arbeiter schwer verletzt. Nach Verrichtung ihrer feigen Mordtaten luden die Banditen die zwei Fahrzeuge davon.

Die offensichtlich wohlüberlegten Verbrechen sind die blutigen Folgen der in den letzten Tagen bis zum Wahnamstag geführten Mordhetze der Nazi-Führer gegen die kommunistischen Arbeiter und ihre Partei.

Ein Arbeiter durch Nazis vom Motorrad herab erschossen

Berlin, 2. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Ein uniformierter Nazimotorradfahrer fuhr in schnellem Tempo an einer Gruppe Arbeiter vorbei — ohne jeden Anlaß und erschoss einen Arbeiter, Vater von 2 Kindern. Zwei andere Arbeiter wurden durch Schüsse und Wunden verletzt.

Nach einer Kundgebung der Nazis in Gelnhausen kam es bei dem Ort Biebes zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nazis und revolutionären Arbeitern. Zwei Nazis wurden dabei schwer verletzt.

10. bis 17. Juli antifaschistische Woche

Antifaschisten, steigert eure Offensive gegen den unverordneten Lohn-, Renten- und Unterdrückungsabbau, gegen Naziterror und faschistische Unterdrückung!



Werbt unermüdet neue Kämpfer für die Antifaschistische Aktion! Entlastet die Massenaktion für die Liste aller Antifaschisten, die Liste 3! Sammelt überall für den antifaschistischen Kampfbund! Die Woche vom 10. bis 17. Juli muß eine Woche der gesteigerten Arbeit zur

Eroberung der Arbeiter in den Betrieben und an Stempelstellen, der Einreichung der unteren Gewerkschaftseinheiten und aller proletarischen Massenorganisationen in die Antifaschistische Aktion und zur Entlastung des roten Massenstreikschutzes sein.

Macht die antifaschistische Woche zu einer gewaltigen Massenmobilisierung für die

Thälmann-Kundgebung auf der Radrennbahn in Dresden-Reick Trefft sofort überall die sorgfältigsten Vorbereitungen, damit die antifaschistische Woche ein Höchstmaß an Kraftentfaltung bringt.